

29. 11. 79

Sachgebiet 112

Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

zu dem von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP

**eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes
über die politischen Parteien**

— Drucksachen 8/3270, 8/3368 —

Bericht des Abgeordneten Dr. Riedl (München)

Der Gesetzentwurf ist mit der Haushaltslage vereinbar.

Er sieht vor, die gesetzliche Regelung über die Wahlkampfkostenerstattung aufgrund eines Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts mit rückwirkender Kraft zu ergänzen.

Für die Bundestagswahl 1969 liegen Erstattungsforderungen von ca. 75 000 DM vor, für die für das

Haushaltsjahr 1979 Zahlungen aus Kap. 60 02 Tit. 684 01 in Form einer überplanmäßigen Ausgabe geleistet werden müssen. Für künftige Bundestagswahlen ist eine Kostenschätzung nicht möglich.

Dieser Bericht beruht auf der vom federführenden Innenausschuß vorgelegten Beschlußempfehlung zu dem Gesetzentwurf.

Bonn, den 28. November 1979

Der Haushaltsausschuß

Windelen

Vorsitzender

Dr. Riedl (München)

Berichterstatter

